

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumborn, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannschäfer & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech- und Adressen: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspresse-Preis 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen vierteljährlich 2,70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk. ohne Zustellung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 7spaltige Zeile 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Reflektiert 30 Pf. — Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 149.

Magdeburg, Freitag den 29. Juni 1917.

28. Jahrgang.

Englands weiße Hilfe.

In den Kämpfen in Flandern wie im Artois (Sprich: Artoa) wurden wiederholt australische und amerikanische Abteilungen wegen ihrer besondern Leistungen hervorgehoben. Sie haben ebenso, wenn schon ohne Erfolg, in Gallipoli die Hauptlast des Krieges getragen und bis zur letzten Zeit durch eine starke Besatzung in Ägypten den Engländern die Last der Ueberwachung der Kolonien abgenommen.

Die Leistungen der weißen Kolonien Englands in dem Weltkrieg übersteigen denn auch durchaus das Maß dessen, was man für möglich gehalten hätte, und geben einen Hinweis darauf, was die Vereinigten Staaten von Amerika, falls sich in dem amerikanischen Volk ein ernsthafter Kriegswille erhebt, aufzubringen vermöchten.

Nicht weniger als 325 000 Mann hat Kanada allein bisher gestellt. Die Verluste betragen bislang 90 000 Mann; in den Munitionsfabriken arbeiten mehr als 300 000 Mann. Kanada zählt allerdings 7—8 Millionen Einwohner und die Verhältniszahl fünf vom Hundert der Gesamtbevölkerung entspräche an sich kaum dem Drittel dessen, was europäische Nationen an Mannschaft für den Krieg aufgebracht haben. Aber man vergesse nicht, daß kaum die Hälfte der kanadischen Bevölkerung englischer Sprache und angelsächsischen Stammes ist, die anderthalb Millionen Franzosen verhalten sich durchwegs kühl und ablehnend trotz der lebhaften Agitation, die der frühere Ministerpräsident Laurier entfaltet. Von den Nichtengländern fallen noch 600 000—700 000 Einwohner deutscher und österreichisch-ungarischer Abkunft ins Gewicht. Wenn sich Kanada bisher gekränkt hat, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, so ist dies nicht zuletzt auf den Widerstand der nicht angelsächsischen Volkselemente zurückzuführen.

Australien mit seinen 4½ Millionen Einwohnern

rein englischen Stammes und ausgeprägt englischer Reichsgesinnung brachte nicht weniger als 300 000 Mann auf die Meere. Darunter die tüchtigsten und ausdauerndsten Schützenregimenter, über die die englische Armee verfügt. Die allgemeine Wehrpflicht wurde auch in Australien eingeführt, obwohl nach ihrer Einführung kaum eine größere Streitmacht für europäische Schlachtfelder verfügbar wäre, als sie durch freie Werbung aufgebracht wurden. Wegen ein Zwangsgefeß sträubt sich in Australien das demokratische Selbstgefühl der Arbeiterorganisationen.

Dagegen ist die allgemeine Dienstpflicht auf Neuseeland eingeführt worden, trotzdem man diese Insel erst recht als Arbeiterrepublik bezeichnen kann, hier überdies die Frauen einen großen bestimmenden Einfluß ausüben. Die Gesamtbevölkerung von 1½ Millionen steht ein Kontingent von 60 000 Mann gegenüber, das durch vertragsmäßig festgelegte monatliche Nachschübe von zweieinhalbtausend Mann stets auf gleicher Höhe gehalten wird. Die Neuseeländer haben den Ruf ihrer militärischen Tüchtigkeit in den erfolglosen Kämpfen auf Gallipoli begründet. Sie haben ebenso wie die Australier dort wie auf den französischen Schlachtfeldern die schwersten Verluste erlitten. Diese Opfer fallen um so mehr ins Gewicht, als die australische Bevölkerung und ebenso die von Neuseeland seit Jahrzehnten eine geringe Vermehrung bei sinkender Geburtenziffer zeigt und kaum irgendwo der einzelne Mensch so geschätzt und als Wert schätzbar betrachtet wird als in diesen beiden Republiken.

Der südafrikanische Bund dürfte weit mehr als 100 000 Mann ins Feld gestellt haben. Mit der Ausnahme einer Division, die in Flandern steht, kämpft das südafrikanische Bundesheer auf afrikanischem Boden. Der

frühere Oberfeldherr Smuts hat an der Spitze von 60 000 Mann im vorigen Jahre Deutsch-Südwestafrika unter schweren Opfern und noch größeren Anstrengungen erobert und dann das Feld seiner Operationen nach Deutsch-Ostafrika verlegt. Dort kämpft das afrikanische Bundesheer unter englischer Führung seit mehr als einem Jahre mit den zweifelhaftesten Erfolgen.

Der deutsch-ostafrikanische Krieg bildet ein besonderes Kapitel des Weltkriegs. Drei Jahre hält in dieser Kolonie der deutsche Oberst Lettow-Vorbeck mit ein paar hundert weißen Offizieren und Soldaten und einigen tausend Negern der zehnfachen Uebermacht seiner Gegner die Spitze. Nachdem er zweimal nacheinander den Angriff englisch-indischer Streikräfte, die im Norden der Kolonie gelandet waren, in siegreichen Gefechten abgewiesen, kämpft er gegen die bereinigte Macht der Belgier aus dem Kongo, der Portugiesen und der Rhodesier und des südafrikanischen Bundesheers. Der Schauplatz der Kämpfe, die sich in der Form des Kleinkriegs abspielen, umfaßt das Gebiet im Süden der Kolonie zwischen dem Nyassasee, der Grenze von Mozambique und der Küste, deren Saum allerdings in der Gewalt des Gegners ist. Die Landschaft, bedeckt mit Busch, Urwald, Elefantengras, liefert den Schauplatz der Kämpfe, in denen die Künste des Indianerkriegs ihre Wiederentfaltung finden. Hier wird jede Spur auf dem Boden, das Rascheln des Laubes im Laube, das Knarren eines zerbrochenen Astes zu einem Ereignis, das die Schicksale einer Unternehmung bestimmen kann. Die Buschmänner mit ihrem scharfen Sinn sind die besten Helfer beider kämpfenden Parteien.

Noch immer steht Lettow-Vorbeck mit seiner kleinen Schar unbezungen da. —

Scheidemann über Stockholm.

Der Parteiausführer trat am Dienstag den 26. Juni im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen.

Vorsitzender Ebert begründete die Notwendigkeit seiner Einberufung. Statutengemäß habe der Parteiausführer an der Festsetzung der Tagesordnung des Parteitag, der Bestimmung der Referenten usw. mitzuwirken. Durch Umfrage habe sich das nicht erledigen lassen. Ebert schlägt vor, die Tagesordnung der Sitzung folgendermaßen festzusetzen:

1. Bericht über die Stockholmer Verhandlungen;
2. Stellungnahme zum Parteitag;
3. Sonstiges.

Den

Bericht über Stockholm

erzählt Scheidemann: Die Augen der ganzen Menschheit sind jetzt nach Stockholm gerichtet. Man erwartet jetzt von Stockholm und den Sozialisten, was man bisher von den Regierungen leider vergeblich erwartet hat: den Frieden. Ob die Stockholmer Verhandlungen den Erfolg haben werden, uns dem Frieden näher zu bringen, wer kann das wissen? Die bisherigen Verhandlungen in Stockholm sind nicht so verlaufen, wie wir das gewünscht hätten, aber viel besser, als manche von uns befürchtet haben.

Viele Kräfte sind am Werk, die Friedensarbeit von Stockholm zu bereichern. Das erbarlichste Beispiel dafür sind die Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, welche angeblich die Wahrheit über unsere Friedensarbeit veründen sollen. Der unabhängige Verfasser, dem offenbar noch nicht genug Blut geflossen ist, hätte eine Zerde der nunmehr erledigten russischen Geheimpolitik werden können. In dem Augenblick, wo man endlich darauf rechnen kann, wenigstens einige der sozialistischen Parteien wieder zusammenzuführen, schändet dieser führende Mann der Unabhängigen seine unglücklichen Manuskripten in den Saal, die er mit allerlei Verleumdungen bekränzt hat. Als Dokument sozialistischer Gaffes und als Gipfelstück politischer Verlogenheit werden diese beiden Ansätze für zukünftige Historiker dieser Zeit wertvolles Material bieten.

Ich möchte kundenlang darüber reden, wollte ich alle Berichtigungen und Unwahrheiten auflären und zurückweisen. Ich will mich mit zwei Beispielen begnügen. Da ist zunächst mein bekannter Glückwunsch an meine Solinger Wähler vom Herbst 1915. Daran wird der Zeilatz: ... wir wollen die Absichten unserer Gegner zuspanden machen, wir wollen siegen herausgegriffen. Damit war Wipp und klar gesagt, daß unser Sieg darin bestehen soll, daß wir die Anschläge der Gegner vereiteln. In der „Leipziger Volkszeitung“ aber wird dem Satz eine längere Vorlegung vorausgeschickt, derzufolge die Mehrheit lange Zeit einen Sieg im Sinne der Absichten erstrebt habe! Als angeblicher Beweis für unsere Verjährungsgefühle wird

aus meinem Munde das Wort „Siegen“ herborgehoben. Wie blödsinnig diese Auslegung ist, beweist der einfache Hinweis auf unsere vorhergegangenen Erklärungen vom 4. August und 2. Dezember 1914, in denen wir jede Eroberungspolitik weit von uns weisen.

In zahlreichen Reden und Artikeln habe ich auseinandergesetzt, daß unser größter Sieg darin bestehen werde, die gegnerischen Pläne zu vereiteln.

Weiter legt die „Leipziger Volkszeitung“ in ihren Artikeln dar, ich hätte im März 1915 nicht gewagt, über den Frieden zu sprechen, und erst Haase habe gesagt, was nötig gewesen sei. Tatsächlich hat Haase am 10. März zur auswärtigen Politik gesprochen, und zwar im Auftrag der Fraktion, die seine Rede ausdrücklich festgelegt hatte. Ich habe dann noch Haase am 17. März wiederum im Auftrag der Fraktion über die innere Politik zu sprechen gehabt. Ich habe meine Rede so angefangen: „Was zur auswärtigen Politik zu sagen war, hat neulich mein Parteifreund Haase ausgeführt und ist in den Erklärungen der Fraktion vom 4. August und 2. Dezember niedergelegt. Es ist seither kein Ereignis eingetreten, das uns veranlassen könnte, davon im geringsten abzugehen.“ Was hat die „Leipziger Volkszeitung“ aus diesem einfachen Tatbestand zusammengeschäftelt! Ihre Zitate sind aus dem Zusammenhang herausgerissen, und zwar, um besser auf die Urteillosen zu wirken, ohne daß auf die politische Situation irgendeine Rücksicht genommen wurde, in der ja oder anders gesprochen wurde. Richtig ist an der ganzen „Entscheidung“ nur das eine, daß wir mehrfach in der Fraktion abgelehnt haben, zu bestimmten Zeiten im Reichstag über den Frieden zu sprechen, nämlich dann, wenn es nach der militärischen und politischen Lage Wahrscheinlich gewesen wäre und dem Frieden nur geschadet hätte.

In derselben Zeit, als wir es ablehnten, im Reichstag bestimmte Dinge auszusprechen, haben wir sie hundertfach in Volksversammlungen gesagt. Es kommt darauf an, wo und wann man ein Wort spricht. Praktische Politik ist nicht unabhängig von Raum und Zeit. Es kann Pflicht für uns sein, das gleiche vier- oder fünfmal im Reichstag und hundertmal in Volksversammlungen zu sagen, aber es könnte unter Umständen ein Verbrechen oder eine Sünde sein, es auch nur ein zweites Mal zu wiederholen. Wir sind immer energisch

für einen Frieden der Verständigung

eingetreten. Wir haben niemals Grundzüge preisgegeben. Aber Sozialist sein, heißt nicht ein Papagei sein, der immer dieselben Formeln herunterbelet. Wir tragen für unsere Taktik die Verantwortung vor dem Land und vor der Geschichte. Wir haben uns stets nach der jeweiligen Situation zu richten.

Das Zustandekommen der Stockholmer Konferenz begegnete großen Schwierigkeiten und wäre ohne Borgbjergs Mitwirkung vielleicht gar nicht gelungen. Welches Mißtrauen hat man in der ganzen Welt gegen die deutsche Sozialdemokratie zu erwecken gesucht! Man hat uns als die eigentlichen Kriegswüterer, als die gehorjamen Diener des deutschen Imperialismus hinzustellen gesucht. Die Denkschrift, die wir über unsere Friedensarbeit in Stockholm überreicht haben, wird manches Mißverständnis und viele darauf begründete Vorurteile hoffentlich zerstören. Freilich beginnt das Fälschen und Verleumben schon wieder. Aus der Bemerkung des „Vorwärts“, daß die Stockholmer Zusammenkunft der erste Triumph der Friedensbewegung sei, macht die französische Presse, der „Vorwärts“ habe von einem ersten Triumph Deutschlands geschrieben.

Auch unser Memorandum von Stockholm ist auf dem Umwege über die englische Presse durchaus unzutreffend nach Frankreich übermittelt worden. Die englische Arbeiterbewegung hat ja leider kein politisches Organ und kann ein Gewerkschaftsblatt mit irgendwelchem eigenem Nachrichtenendienst. Die bürgerliche Ententepresse lügt und schwindelt, und die „Humanität“ unterdrückt und verschweigt vieles. Ueber unsere Arbeit berichtet sie in der Aufmachung des gewissenlosen „Somo“-Grumbach, und da können Sie sich ja denken, welches Bild entsteht. Allen diesen Treibereien kommt nun der Manuskriptenschieber der „Leipziger Volkszeitung“ mit seinen Verleumdungen und Fälschungen zu Hilfe. Es ist gar nicht zu ermeßen, wieviel Blut an den Fingern dieser Wiederwärtner klebt. Ohne sie wäre es vielleicht früher gelungen, die Internationale zusammen zu bringen, und dann hätte der Menschheit

viel Blutergießen erspart

bleiben können.

Scheidemann gibt dann eine ausführliche Darstellung der Reise Borgbjergs nach Petersburg. Obwohl Borgbjerg als neutraler Sozialist und Vertreter allgemeiner Menschheitsinteressen kam, war seine Mission recht schwierig. Aber die authentischen Mitteilungen, die er uns über unsere Friedensbemühungen machen konnte, sind doch sehr wertvoll gewesen. Die erste Frage, die ihm von den russischen Genossen gestellt wurde, war die, ob der Reichstagsler mit unseren Erklärungen einverstanden sei. Da zeigte sich sofort, wie unglücklich falsch man im Ausland über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie unterrichtet ist. Borgbjerg hat die russischen Genossen gründlich darüber aufgeklärt, daß wir mit dem Kanzler nichts zu tun haben, daß wir weder Regierungspartei noch Mehrheitspartei sind. Eine weitere Frage der Russen ging dahin, ob andre Parteien mit uns gleicher Meinung seien. Borgbjerg antwortete, daß zweifellos nicht unbedeutende Teile des deutschen Volkes ebenso dachten wie wir. Er dachte dabei an Männer wie Theodor Wolff usw.

...aber fragen die Russen, ob es in Deutschland in absehbarer Zeit eine Revolution geben werde, ob damit früher zu rechnen sei. Borgbjerg erwiderte, seiner Ueberzeugung nach würde während des Krieges in Deutschland ganz gewiß keine Revolution eintreten, weil das ganze Volk darin einig sei, daß es die seiner Existenz dienliche, ob in nächster Kriegsrevolutionäre Schwankungen eintreten würden, werde ihm. Ausgangspunkt des Krieges und der Genöthigung demokratischer Rechte abhingen. Die Russen dürften nicht glauben, daß in Westeuropa eine Revolution wie bei ihnen möglich sei; eine solche hätte doch auch, um bei ihnen anzukommen, ein Beispiel anzuführen. — In Dänemark, das demokratisch regiert werde, hat jenen Sinn; nur eine soziale Revolution könne für die Weststaaten noch in Betracht kommen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat dann nach der Sitzung, in der Borgbjerg empfangen wurde, noch ohne ihn über diese Frage beraten, und einer seiner Beauftragten hat Borgbjerg später mitgeteilt, daß seine

Russen gestützt

sei der Rat sei bereit, zur Herbeiführung des Friedens im Sinne der Internationale und der Wünsche des holländisch-standinavischen Komitees mitzugreifen; er werde allerdings eine sozialistische Friedenskonferenz selbst einberufen. Borgbjerg betonte, daß diese Konferenz nicht im Gegensatz zu den Bemühungen des holländisch-standinavischen Komitees stehen wird.

Scheidemann sprach dann über die gegenwärtige Lage in England. Es könne nicht als ausgeschlossen erscheinen, daß sich die Ende des Arbeiter- und Soldatenrates konstituieren. Darauf deutete die mit ungeheurer Mehrheit erfolgte Bewilligung der sogenannten Freiheitsanleihe hin; die russischen Genossen hätten damit Kriegskredite bewilligt, weil sie der Meinung seien, daß es sich lohne, das neue England zu verteidigen. Sie hätten sich damit auf den gleichen Standpunkt gestellt, den die deutsche Sozialdemokratie Deutschland gegenüber eingenommen habe.

Scheidemann berichtete dann eingehend über die Verhandlungen in Stockholm selbst, die bereits aus der Presse zum Teil bekannt sind. Er hob hervor, daß nicht Branting, sondern Kwoelstra bei den Verhandlungen mit der deutschen Delegation den Vorstoß geführt habe. Davids ausgezeichneter Rede sei nicht ohne Einfluß geblieben; die Delegation habe beschlossen, sie im Saal erscheinen zu lassen und allen Delegierten zugänglich zu machen. Unter den Worten Annerion, Entschädigung, Wiederherstellung denke sich jeder etwas anderes; durch die Stockholmer Verhandlungen und durch unser Memorandum sind die Fragen einer eventuellen Klärung entgegengeführt und eine Unterlage für die weiteren Vereinigungsbestimmungen geschaffen worden. Besonders Wert haben wir darauf gelegt, durch dokumentarische Darlegung unserer Friedensarbeit die Mißverständnisse und unheilbaren Korrekturen gegen uns zu zerstreuen. Wir hoffen, daß die genaue Darlegung unserer unermüdeten Arbeit für den Frieden auch im Anlande allmählich die

Scheidemann zum Siege führen

wird; denn wir werden bei niemand diesen Willen annehmen. Unsere Darlegung wird auch die anderen sozialistischen Parteien überzeugen müssen, sich über ihre Lässigkeit über den Frieden zu unterrichten, wie es Thomas ja für die sozialistische Sozialdemokratie schon in Aussicht gestellt hat. Vielleicht können wir dann auch in diesem oder jenem Punkte unser Urteil über die Haltung der sozialistischen oder sozialdemokratischen während des Krieges rechtfertigen.

Scheidemann sagte sein

Urteil über Stockholm

...hoffen wir, daß durch viele Gläubigkeit des gegenwärtigen Hoffens aus dem Siege geräumt seien. Die deutsche Delegation habe ihre Schuldigkeit getan und alles getan, was in ihren Kräften stand. Sie gläubt gute Arbeit geleistet zu haben und ist entschlossen, auf diesem Wege weiter zu gehen. Man muß auch die Regierung offen Farbe bekennen; es war falsch von ihr, Proklamationen von sich zu lassen. Jeder hat seinen einflussreichen Einfluß zu machen. Und darf sie nicht länger zögern, vor aller Welt durch die Tat zu beweisen, daß es ihr mit der Neutralisierung Ernst ist. Wir brauchen vollständige politische Freiheit, um das Regiment des Reiches gegen die deutschen Erklärungen und Absichten zu bekräftigen. Wir hoffen, daß der Parteiaussschuß unsere Arbeit unterstützen wird. Den Verhandlungsbestimmungen zu zustimmen, ist nicht unser einziger Weg zu einem neuen Frieden, und wir müssen uns gehen, unbeeinträchtigt um das Geschick von rechts und links. Wir werden weiter für den Frieden, für Saat und Frucht (Scheidemann).

In der Debatte sprach Herr (Weimar), Eberth (Düsseldorf), Die (Hamburg), Herr (München), Dr. David, Herr (Dortmund), Herr (Berlin), Herr (Gießen), Herr

(Düsseldorf), Herr (Hannover), Herr (Danzig), Herr (Amdorf), Herr (Sittgen) und Dr. Grabauer (Dresden). Mehrere Redner sprachen der deutschen Delegation in Stockholm ausdrücklich ihren Dank aus für die energische Vertretung der Interessen Deutschlands und des friedensbringenden Aufregung. Eberth gab die Erklärung ab, das deutsche Memorandum von Stockholm werde vom Parteivorstand als Flugblatt zugleich mit der Wiedergabe der Leipziger Äußerungen herausgegeben werden. Eine weitere Anregung gab, auch die Materialsammlung über die Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie nicht nur deutsch, sondern auch in französischer Sprache zugänglich zu machen, falls Bequemlichkeit zuließe.

Zur übrigen war die Debatte eine ernste und eingehende Prüfung der politischen Gesamtlage, der Friedensfrage, des Ernährungsweises und der Aufgaben auf dem Gebiet des Verfassungswesens. Sie fand ihren Abschluß nach einem Schlusswort Scheidemanns in der einstimmigen Annahme folgenden von Löbe beantragten Beschlusses:

Der Parteiaussschuß spricht nach Kenntnisnahme des Berichts der deutschen Delegation auf der Stockholmer Konferenz sein Glückwunsch mit der gesamten Tätigkeit der deutschen Delegierten aus und nimmt die Beschlüsse an, welche sie über die Stellung der deutschen Partei zum Verständigungsfrieden abgeben hat. — Der Parteiaussschuß ersucht die deutsche Delegation, die Arbeiten bis zur Hauptversammlung in Stockholm nach Kräften zu fördern.

Ueber den

Parteitag

Bericht Eberth: In der vorigen Sitzung des Parteiaussschusses war eingehend die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit nachgewiesen worden, den Parteitag so schnell wie möglich einzuberufen. Der Vorstand hat in einem Rundschreiben dem Parteiaussschuß den Vorschlag einer Tagesordnung unterbreitet und vertritt die Angelegenheit durch eine schriftliche Rundfrage zu erledigen. Die Tagesordnung war wie folgt vorgeschlagen:

1. Bericht des Vorstandes: a) Allgemeines (Eberth); b) Kasse (Braun).
2. Bericht der Kontrollkommission (Grüne).
3. Bericht der Reichstagsfraktion (Dr. David).
4. Die nächsten Aufgaben der Partei (Scheidemann).
5. Anträge.
6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission usw.

Der Versuch mit der schriftlichen Rundfrage ist mißglückt. Es gab eine Reihe Einwendungen gegen die vorgeschlagene Tagesordnung. Breslau ist für die Punkte 4 und 5 vor den Punkten 1 und 2 zu verhandeln. Es müßte unter allen Umständen vermieden werden, daß der innere Parteistreit in den Vordergrund der Verhandlungen gesetzt werde. Man habe den Parteitag ja, er könne am Schluß der Verhandlungen beraten werden. Dasselbe Auffassung ist von einer ganzen Reihe Redner in der letzten Sitzung vertreten worden. Der Parteivorstand wünscht auch möglichst wichtige Parteitagsgeschäftsbearbeitungen. Es ist aber nicht möglich, die agitatorische Wirkung des Parteitags dadurch zu erhöhen, daß man die Berichte der Parteileitung an den Anfang der Tagesordnung legt. Wenn die Verhandlung nach so harmonisch beginnt, wenn sie ausläuft in Mißklang, dann ist der erste gute Eindruck ausgelöscht. Deshalb empfiehlt es sich, an der Reihenfolge der Tagesordnung nichts zu ändern.

Die Ernährungsfrage oder die Friedensarbeit zu besondern Tagespunkten zu machen, wie es von einigen Bezirken empfohlen wird, ist nicht möglich. Beide Fragen bilden das Hauptthema der Tätigkeit der Parteileitung und der Fraktion, deshalb müssen sie in deren Berichten behandelt werden. Einen Korreferenten zum Fraktionsbericht kann der Fraktionsvorstand nicht beauftragen. Die Fraktion ist in der Beurteilung der meisten Fragen durchaus einig. Die Stellung zu den Kriegskrediten ist bereits auf der Reichstagskonferenz eingehend besprochen. Wünscht hier ein Vertreter der Arbeiterbewegung verlässliche Reden, so wird der Parteitag dem nicht widersprechen. Weiter ist angedeutet worden, für die Tätigkeit der Fraktion für die Soldaten einen besonderen Vertreter zu bestellen. Im schriftlichen Bericht soll dieser Punkt von einem Spezialisten besonders behandelt werden. Außerdem werden wir die dazu erscheinenden Frageartikel des Genossen Stöckel als Besondere hinstellen. Damit dürfte der Antrag wohl Rechnung getragen sein.

Die

Zusatzbeschlüsse der Partei

sollen unter Punkt 4 der Tagesordnung behandelt werden. Das ist schon lange dringend notwendig. Dieser hat uns der Parteitag leider immer wieder von dieser Arbeit abstrahieren. Hier ist bei keinem. Jetzt aber muß unter allen Umständen die Stellung der Partei zu diesen entscheidenden Fragen präzipiert werden. Um die Behandlung dieses Themas recht wirksam zu ge-

halten, sind dazu besondere Vorbereitungen getroffen. Der Parteiaussschuß wird in vier Untergruppen geteilt. Jede Gruppe soll einen besonderen Berichterstatter bestellen, und zwar: Demokratisierung: Kautzberg, Wirtschaftspolitik: Gumbel, Finanzpolitik: Zell, Sozialpolitik: Wissel. Diese vier Berichterstatter sollen schriftliche Berichte abgeben, die spätestens 8 Wochen vor dem Parteitag veröffentlicht werden. Der Berichterstatter zu Punkt 4 der Tagesordnung soll dann auf dem Parteitag die Materie und das Ergebnis der vorstehenden Diskussion zusammenfassend behandeln.

Die praktische Durchführung dieses Vorschlags ist sehr wohl möglich und gesichert. Das Verlangen, diese Themen einzeln, auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Zeit nicht durchführen. Ob für die einzelnen Gebiete ständige Studienkommissionen eingesetzt werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag kann noch erwohnen werden. — Hannover wünscht, die Wiedereinsetzung des Organisationsstatuts auf die Tagesordnung zu setzen. Eine Gesamtkonferenz des Statuts sei aber nicht notwendig. Einzelanträge könnten bei Punkt 6 der Tagesordnung behandelt werden.

Wir halten also an der von uns vorgeschlagenen Tagesordnung fest. Sie entspricht nach unserer Auffassung am besten den großen Aufgaben, die der Parteitag zu erfüllen hat. — Als Ort des Parteitags schlagen wir Würzburg vor. Die Voraussetzungen für gute Erledigung der Parteitagsgeschäfte sind dort gegeben. Wir hoffen, daß der Würzburger Parteitag der Lösung neuer Aufgaben und neuer Erfolge für die Partei sein wird. (Beifall.)

Löbe (Breslau) begründet den Antrag, den Kochenburger Bericht des Parteivorstandes und der Fraktion nicht an den Anfang, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu setzen. Es sei nicht gut, mit dem Parteitag zu beginnen. Wir sollten mehr als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitage acht geben. Oberland (Eberth) fragt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Bunde der Kriegsteilnehmer und Kriegsbefehlshaber und legt an, auch den finanzschwachen Kreisen die Delegation zum Parteitag zu ermöglichen. — Andre Disziplinarerklärungen schloß sich dieser Anregung an. — Meyer (Münster) bekämpft den Antrag Löbe und bestritt weiter die Zugehörigkeit des Parteiaussschusses zum Parteitag. — Frey (Hannover): Uns kommt es nicht auf die Zugehörigkeit des Parteiaussschusses zu diesem einen Parteitag an, sondern darauf, daß er Beschlußrecht und damit einen festen Platz in der Parteiorganisation erhält. Einmündigen schwebt der Parteiaussschuß ganz in der Luft. Redner wandte sich dann gegen den Antrag Löbe. Man müsse das Bemühen für die Kritik sofort öffnen, dann werde der Parteitag einheitlich ausfallen. — Weiss (Berlin) polemisiert gleichfalls gegen den Antrag Löbe. — König (Dortmund) zieht den Antrag zurück, die Ernährungsfrage als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen; die Erklärung Eberths hierzu hätte ihn befriedigt. Auch König wünscht, daß der Parteitag durch starke Beteiligung und ernste Verhandlungen so würdig wie möglich nach außen hin wirken möge. — Auer (München) befürwortet den Antrag Löbe mit Rücksicht auf die Presseberichterstattung. Ueber die ersten Tage werde ausführlicher berichtet als über die letzten.

Eberth tritt noch einmal dafür ein, die Kochenburger Erklärung an die Spitze der Verhandlungen zu stellen. Parteivorstand und Fraktion hätten

keinen Grund, die Debatten zu fürchten

oder hinauszuweisen, selbst wenn dabei Meinungsverschiedenheiten zutage treten. Die Delegation müsse natürlich freuz nach dem Statut erfolgen. Jetzt wichtige Organisationsänderungen zu beschließen, während die ganze Masse der Parteigenossen im Felde steht, könne er keineswegs empfehlen. Zur Organisation der Kriegsteilnehmer und Kriegsbefehlshaber habe der Parteivorstand nicht Stellung genommen, doch gebe die Auffassung wohl übereinstimmend dahin, daß alles, was dort angebracht werde, Aufgabe der Partei und der Gewerkschaften sei. Die Partei müsse unangekündigt und entschieden für die Interessen der Kriegsteilnehmer, insbesondere der Kriegsbefehlshaber einreten, und die Gewerkschaften würden für diese vielleicht sogar besondere Einrichtungen schaffen.

Der Antrag Löbe wird abgelehnt. Die dem Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung wird einstimmig angenommen und Würzburg als Ort des Parteitags festgesetzt.

Eberth teilt mit, daß einer der Genossen, der an der Gründung eines Parteiorgans für Leipzig beteiligt ist, sich wegen Nichtbeförderung der Verarbeitung an die Handelskammer gewandt hätte. Der Parteivorstand habe damit selbstverständlich nichts zu tun; er verurteile diesen Schritt. — Weiter teilt Eberth mit, daß die Änderung in der Redaktion der „Gleichheit“ durchgeführt sei. Die unter der neuen Redaktion erscheinenden Nummern zeigten, daß das Frauenorgan der Partei jetzt seine Aufgaben wieder voll erfülle. Die Parteigenossen sollten sich energisch für die Verbreitung der „Gleichheit“ einsetzen. Damit waren die Verhandlungen beendet.

Was der Krieg bringt.

Das vorläufige Ende von Stockholm.

Der Stockholmer Korrespondent des „Kopenhagener Sozialdemokraten“ berichtet, daß die Verhandlungen der Stockholmer Friedenskonferenz als vorläufig abgeschlossen betrachtet werden. Auch die Verhandlungen mit der deutschen Mission seien beendet, so werde Stockholm verlassen, die holländischen Mitglieder jedoch zur Lösung der parlamentarischen und sonstigen Angelegenheiten zurückbleiben. Die Verhandlungen mit der deutschen Mission seien beendet, so werde Stockholm verlassen, die holländischen Mitglieder jedoch zur Lösung der parlamentarischen und sonstigen Angelegenheiten zurückbleiben.

Die der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ liegt aus Stockholm gemeldet wird, daß die Stockholmer Verhandlungen als beendet anzusehen. Auch das deutsche Parteivorstandsgeschäft Hermann Müller, der für die deutsche Delegation nach in Stockholm geschickt war, hat seinen Aufenthalt dort abgebrochen. Der Hauptgrund dafür, daß es in Stockholm nicht weiter gehen konnte, ist die vollständige Unsicherheit über die Absichten und Beschlüsse der Russen. Die Russen des Arbeiter- und Soldatenrats in Stockholm sind seit mehr als 3 Tagen ohne jede Verbindung mit Petersburg. Die Beschlüsse, Maßnahmen usw. sind zu erhalten, sind festgelegt. Die einzige mögliche Erklärung hierfür ist, daß in Petersburg allerdings keine innere Krise ausgebrochen ist, daß die kriegspolitische Entscheidung vollkommen unberührt ist. —

Grimms Depesche.

Im Wienerischen Nationalrat wurde am Mittwoch der Sozialdemokrat Grimm erörtert. Der Berichterstatter, Nationalrat Spahn, führte den Nachweis, daß es sich dabei nicht um eine Neutralitätsverletzung durch den Bundesrat gehandelt habe, denn dieser habe nicht einen Sonderfrieden zwischen Deutschland und England, sondern den allgemeinen Frieden fördern wollen. Zur allgemeinen Ueberzeugung brachte Nationalrat Spahn insofern neues Material über die Angelegenheit Grimm an, als er erzählte, daß die Depesche, in der Nationalrat Grimm sich von Hoffmann Instruktionen erbat, bisher nicht veröffentlicht worden ist. Die Depesche, die vom österreichischen Gesandten in Petersburg unterzeichnet ist, hat folgenden Wortlaut:

Petersburg. Der Nationalrat Grimm, der sich gegenwärtig in Petersburg befindet, hat uns, an Bundesrat Hoffmann ein Telegramm folgenden Inhalts zu übermitteln: Friedensbedürfnis ist allgemein vorhanden. Ein Friedensschluß ist in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht zwingende Notwendigkeit. Diese Erkenntnis ist an maßgebender Stelle vorhanden. Gewissenhaftigkeit, Ehrlichkeit, Gerechtigkeit. Die Verhandlungen werden gesamtlich, und die Ergebnisse sind günstig. In den nächsten Tagen ist neuer beschleunigter Druck zu erwarten. Die einzige mögliche und gesündliche Lösung aller Verhandlungen kommt nur durch eine deutsche Offensiv im Osten erfolgen. Unterliegt der Ausgang, so wird eine Liquidation in relativ kurzer Zeit möglich sein. Eine vom Bundesrat einberufene internationale Konferenz ist ein Teil der Friedenspolitik der neuen Regierung. Das Hauptbedenken dieser Konferenz gilt als sicher, sofern die Regierung

keine Rücksichtigkeiten machen. Alle Länder haben ihre Anteilung zugesagt. Unterrichten Sie mich, wenn möglich, über die Ihnen bekannten Kriegsziele der Regierungen, da die Verhandlungen dadurch erleichtert werden. Ich habe mich noch circa 10 Tage in Petersburg auf.

Die seit gedruckten Stellen waren bisher nicht veröffentlicht. Spahn stellte fest, daß Grimm nicht um die Kriegsziele Deutschlands gegen England allein, sondern um die Kriegsziele der Regierungen bittet. Die Neutralitätskommission habe aber beschlossen, eine Untersuchung darüber anzustellen, ob Hoffmann und Grimm neutralitätswidrige Handlungen zur Last gelegt werden können.

Durch die Bekanntgabe des authentischen Wortlauts der Depesche Grimms wird dessen doppeldeutiges Verhalten noch mehr unterstrichen. Seine Depesche bringt den Beweis, daß er sich im Interesse des Friedens betätigen wollte, den russischen Genossen Axelrod und Martow gegenüber tat er aber sehr verblüfft, als sie ihn fragten, ob er beschleunigte Friedensvorschläge zu übermitteln. —

Friedensdebatte in Oesterreich.

Das österreichische Abgeordnetenhaus verhandelte am Mittwoch über die Anfragen der Abgeordneten Dörsner, Dr. Stojan und Grubar an die Regierung über Vorbereitungen für mögliche Friedensverhandlungen. Der neue Ministerpräsident Dr. v. Seidler, der die Bildung eines Beamtenministeriums als Uebergangsgeschäft übernommen hat, erklärte auf die Anfrage u. a., die Annahme, als ob die österreichisch-ungarische Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundlage eines dauerhaften Friedens an-

kannt hätte, ist irrtümlich. Die österreichisch-ungarische Regierung stehe auf der Grundlage des Staatsgrundgesetzes, wonach es dem Kaiser vorbehalten sei, Frieden zu schließen, und somit dem Monarchen die Wahrung der Interessen und Bedürfnisse der Völker Österreichs in jenen entscheidenden Augenblicken anvertraut erscheine. Unter dieser ausdrücklichen Verwahrung der Hoheitsrechte der Krone sei die österreichisch-ungarische Regierung jederzeit bereit, im Einvernehmen mit ihren Bundesgenossen auf der Basis eines ehrenvollen Friedens mit dem Feinde in Verhandlungen zu treten, lehne jedoch entschieden jede andere Grundlage für Friedensverhandlungen ab.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen rief eine tiefe und allgemeine Enttäuschung hervor, der als erster Redner der Sozialdemokrat Seid in leidenschaftlichen Ausführungen Ausdruck gab. „Diese Erklärung, die uns Graf Czernin hergeschickt“, sagte Seid, „ist wahrlich keine Garantie für die hohe Weisheit der Regierung. Hat denn Graf Czernin nicht täglich beim Feinde gelesen, daß man die Nationen hier befreien und ihnen das Selbstbestimmungsrecht verleihen wolle? Lloyd George, der ein großer Demagoge ist, wie jeder Satz aus seinen Büchern und Reden zeigt, wird diesen ersten Satz der österreichischen Regierung öffentlich anschlagen lassen und wird sagen: Ich sehe also, es ist wahr, diese Völker brauchen die Befreiung. Ich habe nur ein bitteres Gefühl gehabt in dem Augenblick, da ich, hören mußte, ein äußerer Minister gehe so wenig mit der Zeit und schlägt uns eine so tiefe Wunde. Durch seine Erklärung wird der Kriegswille der Gegner angestachelt, die Kriegsmüdigkeit bei uns erhöht. Der Weg zum Frieden ist nur durch Verständigung im Sinne des russischen Arbeiter- und Soldatenrats möglich.“ Die Debatte wurde noch nicht zu Ende geführt.

Wilson's Freiheit.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Den von der Socialist Party of America nach Stockholm delegierten Bürgern der freien Republik über dem großen Wasser, Lee, Berger und Gillquist werden von der Regierung des Freiheitspredigers Wilson die Reisepässe verweigert. Einem der hier eingetroffenen amerikanischen Sozialisten ist der bereits erteilte Paß von Geheimpolizisten wieder abgenommen worden. Er mußte seine Reise unter Umständen antreten, die mindestens für die Dauer des Krieges seine Rückkehr nach Amerika ausschließen, es sei denn, er hätte Schatzkammer nach einigen Jahren Staatspersona.

Die amerikanische Regierung hat zur Begründung dieser Maßnahmen die verschollene Logan-Will von 1799 ausgraben, wonach Bürger der Vereinigten Staaten mit Angehörigen oder Vertretern anderer Staaten in Angelegenheiten, an denen die Vereinigten Staaten interessiert sind, nur mit Zustimmung der Regierung in Verbindung treten dürfen. Die Angelegenheit nun, an denen die Vereinigten Staaten hierbei interessiert sein sollen, besteht darin, daß man drüben den Abschluß eines Sonderfriedens Englands mit den Zentralmächten fürchtete, der den Interessen des nordamerikanischen Kapitals zuwider laufen würde.

Der eine der Sozialisten, der trotz Passenzziehung hier ist, hielt einem Schiffsbesitzer des Außenministers Lanfing, als dieser sich auf jenes Gesetz berief, entgegen, daß er doch nicht mit irgendwelchen Regierungsvertretern in Stockholm zusammenkommen wolle, sondern als Sozialist zu einer Sozialistenkonferenz. Darauf erwiderte der hohe Beamte, der Mann warte — abgesehen von der möglichen Anwesenheit russischer sozialistischer Minister oder ihnen nahestehender Leute — in Stockholm doch auf Scheidemann treffen, den der Lanfing-Gehilfe als nahezu offiziellen Vertreter der deutschen Regierung betrachtete.

Es ist ja recht komisch, daß ein hochgestellter Beamter des Auswärtigen Amtes der Union solche Strafen der Ententepresse gläubig nachschwatzt. Aber wie frei ist dieses Land und wie hoch schätzt es seine Bürger ein, wenn es glaubt, sie vor der Möglichkeit bewahren zu müssen, mit einem deutschen Sozialisten zu sprechen.

Zur Beruhigung aller Aufgeregten zu beiden Seiten des Atlantik mag schließlich noch festgestellt sein, daß die deutsche Mehrheitsdelegation schon abgereist war, als die Amerikaner in Stockholm eintrafen.

Die Taktik der Tanks.

Der Militärkritiker des Pariser „Ouvroir“, Rostimer Regret, schreibt:

Die Schlachtwagen sollen vor, nicht hinter der Infanterie eingesetzt werden, ein Grundsatz, der anfänglich nur zu häufig übersehen wurde. Ihre Aufgabe ist es nämlich gerade, die Drahtstacheln niederzulegen. Die gewöhnliche Artilleriebereisung ist ihrer wirksamen Verwendung nur hinderlich, da sie die Schwirrigkeiten des Geländes vermehrt. Der Tank wird deshalb in allen den Fällen zur Anwendung gelangen, wo es nicht wünschenswert erscheint, den Gegner von weiterem durch ausgiebige Beschützung über den bevorstehenden Angriff zu unterrichten. Ziel des Tanks muß stets bleiben, sich über den feindlichen Schützengraben zu legen, um die Verteidigung unter das Feuer seiner Geschütze nehmen zu können. Erst wenn es so weit ist, sollte die Infanterie benachrichtigt werden, den vor-berühnten Graben zu besetzen. Mit der dahinterliegenden Stellung würde dann in gleicher Weise verfahren werden.

So wenigstens stellt sich das ideale Programm der Schlachtwagen. Es liegt auf der Hand, daß die Verluste um so geringer sein werden, je schneller dabei zu Werke gegangen werden kann. Dazu ist es eben nötig, die Aufmerksamkeit des Feindes nicht im

vorans durch Artilleriebereisung zu wecken, und seine Batterien durch möglichst präzise Feuerwirkung im Augenblick, da sie der Infanterie zu Hilfe kommen wollen, zum Schweigen zu bringen. Daraus ergibt sich, daß eine Möglichkeit des Gelingens nur dann bestehen kann, wenn die engste Verbindung im Zusammenarbeiten von Tank, Infanterie und Artillerie besteht.“

Wildschadenverhütung.

In einem Rundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamts an die Bundesregierungen wird u. a. ausgeführt, daß Klagen über Wildschäden im vorigen Winter oder Frühjahr nicht in nennenswertem Umfang bekannt geworden sind, und daß erst neuerdings solche Klagen aus einigen Teilen des Reiches wieder vorliegen. Infolgedessen werden die zuständigen Stellen ersucht, auch in diesem Jahre mit allem Nachdruck und nötigenfalls unter Inanspruchnahme der den Militärbehörden zustehenden Zwangsbefugnisse überall da einzuschreiten, wo Wildschaden festgestellt wird.

In Preußen ist auf Grund eines Erlasses des Landwirtschaftsministers bestimmt worden, daß in denjenigen Jagdbezirken in denen der Wildbestand eine angemessene Höhe überschreitet, oder aber der Abschuhung ungenügend ist, letzterer unverzüglich verstärkt wird. Nötigenfalls ist die Anordnung eines zwangsweisen Abschusses beim Generalkommando zu beantragen. Im übrigen soll den Nachbarn von Jagdrevierern, in denen übermäßig geschont wird, jede zulässige Erleichterung des Wildabschlusses gewährt werden.

Durch das Zusammenwirken der Militär- und Zivilbehörden dürfte fortan der Wildschaden überall wirksam verhütet werden. Etwasige Beschwerden sind dem Kriegsernährungsamt oder den Landeszentralbehörden zur Kenntnis zu bringen.

Notizen.

Zu den Genfer Vorgängen bringt die halbsatirische „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgende Auslassung an erster Stelle: „Nach hier eingegangener amtlicher Meldung erschien am Montagabend der schweizerische Minister Dumant auf der kaiserlichen Gesandtschaft in Bern, um dem deutschen Gesandten wegen der Genfer Vorgänge und insbesondere wegen der Verletzung des Konvulsatilsches das lebhafteste Bedauern des Schweizer Bundesrats auszudrücken und die Versicherung abzugeben, daß eine strenge Verfolgung der Schuldigen stattfinden werde.“

Die Mietsteigerungen vor dem Reichsamt des Innern. Der Schlichterband der Geschäfts- und Privatmieter von Steglitz und Umgebung hat an das Oberkommando in den Marken eine Eingabe gerichtet, in der das Verbot einer allgemeinen Mietsteigerung erbeten wurde. Darauf hat das Oberkommando an den Vorsitzenden des Verbandes, Oberbaurat Schwabach, folgende Antwort gerichtet: Die Frage des Erlasses besonderer Bestimmungen zum Schutze der Mieter gegen unbeschränkte Ausnutzung ihrer Kollage ist vom Oberkommando zum Gegenstand eingehender Beratungen mit den in Betracht kommenden amtlichen Stellen gemacht worden, bei denen sowohl die Lage der Hausbesitzer wie auch diejenige der Mieter nach jeder Richtung hin gewürdigt worden ist. Es hat sich ergeben, daß eine befriedigende Regelung der Angelegenheit für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin auf Grund der Zuständigkeit der militärischen Befehlshaber nicht möglich ist. Die Frage, ob dem Bundesrat der Erlass entsprechender Bestimmungen vorzuschlagen ist, unterliegt noch der Prüfung der zuständigen Zivilbehörden. Die Eingabe ist daher dem Reichsamt des Innern vorgelegt worden.“

Die Erhöhung der Eisenbahnfahrtpreise. Der preussische Landes-Eisenbahnrat hat am Dienstag die Vorlage der Staats-Eisenbahnverwaltung über die Erhöhung der Einheitsätze im Personenverkehr beraten und der Erhöhung der Eisenbahnfahrtpreise zugestimmt. Außer dieser Preis-Erhöhung hat bekanntlich der Reichstag eine 10- bis 16prozentige Verkehrssteuer beschlossen, so daß die Eisenbahnfahrtkarten in Zukunft außerordentlich verteuert werden. Die in der Regierungsvorlage vorgezeichneten Einheitsätze betragen unter Wegfall der Personalfahrtkartensteuer: in der 1. Klasse 24 Pfg., in der 2. Klasse 27 Pfg., in der 3. Klasse 37 Pfg., in der 4. Klasse 47 Pfg., in der 1. Klasse 9 Pfg. für das Kilometer. Der neue Eisenbahntarif erhöht damit eine dreifache Minderung: Einmal hat der Reichstag eine Verkehrssteuer beschlossen, die für die vierte Klasse 10 v. G., für die dritte 12 v. G., für die zweite 14 v. G. und für die erste 16 v. G. betragen soll. Hierzu kommt eine Erhöhung der Einheitsätze von 10 v. G., die wegen der Steigerung der Aufzinsen von der preussischen Verwaltung erhoben werden soll; und endlich wird der Tarif noch durch den Wegfall der bisherigen Fahrkartensteuer modifiziert. Die erste Klasse wird bei diesen Tarifänderungen also sehr günstig abschneiden, während die vierte Klasse, die bisher keine Fahrkartensteuer zahlte, verhältnismäßig stark belastet wird. Die eigentlichen Ueberwälte bringen künftig noch mehr als bisher die beiden unteren Klassen, während sich vermutlich die erste Klasse noch weniger als früher rentieren dürfte.

Erfolgreiche Lohnforderungen der Berliner Eisenbahnarbeiter. Die Handwerker und Arbeiter der Berliner Eisenbahnwerkstätten haben vor einigen Tagen an ihre vorgelegten Behörden Forderungen auf Lohnnachzahlung gestellt. Es wurde erreicht, die 11stündige Arbeitszeit auf 9 Stunden zu verkürzen. Ferner wird eine Lohn-Erhöhung gewünscht. Nach einer Besprechung treten am 1. Juli folgende Lohn-Erhöhungen in Kraft (die in Klammern beigefügten Zahlen bezeichnen die bisherigen Löhne):

für Handwerker:	Anfangslohn 32 Pfg. (46 Pfg.)	Endlohn 33 - (47 -)
für handwerksmäßige Arbeiter:	Anfangslohn 47 - (62 -)	Endlohn 51 - (66 -)
für Handarbeiter:	Anfangslohn 45 - (60 -)	Endlohn 48 - (63 -)

Angegeben sind die Lohn-Erhöhungen für sämtliche Arbeiterklassen am 8. Juli erhöht worden. Der Zuschlag für die Ueberstunden ist von 20 Pfg. auf 40 Pfg. für die erste und auf 50 Pfg. für die zweite Ueberstunde erhöht worden. Doch soll die zweite Stunde nach Möglichkeit wegsfallen.

3000 Eier in einer Privathandlung! Die rätische Polizei in St. P. hat im Hause eines Privatmannes nicht weniger als 3000 Eier beschlagnahmt. Es zeigte sich, daß von der großen Anzahl Eier höchstens 200 noch genießbar waren. Die anderen sollen als Schwammkuchen verwendet werden. Dazu macht unser dortiges Parteiblatt den Vorschlag: Man möge den Menschen, der die Eier eingekauft hat, auf dem Remonté ausstoßen und ihn vom Markt der Eierkäufer mit den 2750 kranken Eiern bombardieren lassen.

Seegesetz an der Donaumündung. Der türkische Seeresbericht vom 26. d. M. meldet: Ein Teil unserer Seestreitkräfte führte vom 22. bis zum 25. Juni eine Unternehmung nach der russischen Donaumündung aus. Der feindliche Leuchtturm und die Panzerstation auf der Schlangensel wurden zerstört. Unser Landungs-korps eroberte auf der genannten Insel ein Maschinengewehr und eine Anzahl Waffen, zerstörte feindliche Geschütze und führte mit 11 Gefangenen an Bord zurück. Auf der Rück-fahrt vertrieben russische Minenschiffe und Zerstörer, unsere Seestreitkräfte abzuschneiden. In dem entstehenden Gefecht erlitten unsere Streitkräfte auf große Ent-fernung Treffer auf einem feindlichen Zerstörer; ein Marine-Flugzeug warf erfolgreich Bomben auf ein feindliches Minenschiff. Unsere Seestreitkräfte und das Fluggeschwader sind un-be-schädigt zurückgekehrt. Besonders hat sich die „Midi“ hervorgetan.

Ministerien beschossen.

B. L. D. Großes Hauptquartier, 28. Juni 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Schwere Fernfeuerbatterien beschossen gestern mit beobachteter Wirkung die englisch-französische Gasenfestung Dünkirchen. Mehrere Schiffe liefen eiligst aus. Als Erwiderung wurde vom Feind Dünkirchen unter Feuer genommen; militärischer Schaden entstand nicht.

In den englischen Gräben an der Küste verursachte eine Beschützung durch unsere Artillerie und Witzwerfer starke Zerstörungen. Nach ruhigem Vortritt nahm gegen Abend die Feuer-tätigkeit in einigen Abschnitten der flandrischen und der Ar-tois-Front ziemlich Festigkeit an.

Südlich von Neuport wurde von unsern Stoßtruppen ein belgischer Posten aufgehoben. Bei Dünkirchen ein feind-licher Erkundungsvorstoß fehlte.

Südlich der Straße Cambrai-Brass erlitten die Eng-länder bei Säuberung eines Grabens durch westfälische und rheinische Sturmtruppen erhebliche Verluste an Gefangenen und Toten. Im Vorfeld unserer Stellungen nördlich von St. Ouen. Ein entpannener sich mehrfach keine Geleise nasser Posten mit englischen Abteilungen.

Heeresgruppe Dentfcher Kronprinz.

An einzelnen Stellen nördlich der Aisne, nördlich von Meims und in der Westschampagne kam es zu heftigen Artilleriekämp-fen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Am Hartmannsweilerkopf machten Erkunder eines württembergischen Regiments durch Einbruch in die französischen Gräben eine Anzahl Gefangene.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der skandinavischen Front heuzt die rote Feuer-tätigkeit an.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Devisen.

21 700 Tonnen versenkt.

B. L. D. Berlin, 27. Juni. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Englischen Kanal, in der Biscaya und Nordsee. 5 Dampfer, 4 Segler mit 21 700 Bruttoregistertonnen. Unter diesen ver-senkten Schiffen befanden sich die französischen Segler „Ernestine“ mit Grabenholz nach England und „Eugene Eugenic“, der portugiesische Dreimast-Gaffelschauer „Amphitrite“ mit 300 Tonnen Butter, Reis und Wein nach Frankreich, ferner ein großer bewaffneter Tank-dampfer von über 8000 Bruttoregisterton-nen, ein bewaffneter Dampfer von etwa 3000 Tonnen und ein tief geladener großer Frachtdampfer, die beide aus Ge-leitungen herausgeschossen wurden. Zwei weitere versenkte Schiffe hatten Kohlen geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Auf eine Mine gelaufen. B. L. D. London, 28. Juni. (Newer.) Der Dampfer „Mongolia“ (3505 Br. R. T.) von der Peninsular-and-Oriental-Linie ist in der Nähe von Bombay auf eine Mine gelaufen und untergegangen. Boot mit einer Anzahl von Fahrgästen und Leuten der Besatzung sind gelandet. Die Post ist verloren.

Die geisterrte Offensive.

B. L. D. Paris, 27. Juni. Die Kammer hat beschlossen, die Befreiung der Anfragen über militärische Operationen erst am Freitag zu beginnen. Kriegeminister Painlevé wird wahrscheinlich die Erklärung mit einer Erklärung einleiten. Man nimmt an, daß Albert Thomas sich über seine Reise nach Rußland be-rüht wird. Das Verlangen nach einer Geheimfaltung wird erst gestellt, nachdem Dabitz einen Teil seiner Begründung vorgebracht hat.

Benizelos an der Macht.

B. L. D. Athen, 27. Juni. (Havas.) Das Mi-nisterium Benizelos ist berichtigt worden. Benizelos übernahm den Vorsitz und das Kriegeministerium.

Wahlrechts-Demonstration.

B. L. D. Budapest, 27. Juni. (Mag. Corr. Bureau.) Gestern abend veranstalteten die organisierten sozialistischen Arbeiter in Folge des Stadtanlasses eine Volksversammlung, wobei sie die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht betonten. Die Teilnehmer zogen jedoch vor den Wahl-arbeitern. Die Menge deren Zahl auf ungefähr 25000 schwach, zog später teils durch die Andraßkystraße, teils durch die Rudolfsstraße weiter der Ringstraße zu, wobei Fenster eingeschlagen wurden. Kleine Gruppen bewegten sich bis in die späten Nachstunden durch die Straßen, sie wurden von der Polizei verfolgt.

Werbt der Volksstimme neue Leser!

Die innerpolitische Lage sowohl wie die weltpolitischen Ereignisse drängen immer mehr klare Entscheidungen entgegen. Kriegsverlängerer sind hüben und drüben am Werk.

Um so erforderlicher ist es, daß die Volksmassen Zeitungen zur Verfügung haben, die ihrer Sehnsucht nach baldigem, ehrenvollem Frieden

immer wieder Ausdruck geben unter scharfer Bekämpfung alles kriegsverlängernden Unneigungsgeschreies. Das tut die „Volksstimme“.

Die Ernährungsfragen

bedürfen einer besonders kritischen Behandlung, trotz oder gerade wegen der schüßelartigen Schilderungen, die immer wieder veröffentlicht werden.

Das Volk kann verlangen, daß ihm rückhaltlos die Wahrheit gesagt wird.

Das geschieht durch die „Volksstimme“!

Die Neuordnung Deutschlands

sowohl im Reich wie in Staat und Gemeinde ist sofort in Angriff zu nehmen, wenn unser Land und Volk nicht schweren Schaden erleiden soll.

Dafür tritt entschieden die „Volksstimme“ ein.

Werbt ihr neue Freunde!

Die „Volksstimme“ kostet vom 1. Juli an monatlich 1 Mark, vierteljährlich 3 Mark, im Feldpostabonnement monatlich 1 Mark.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 28. Juni 1917.

Zum Tode verurteilt.

Am Mittwoch hatten sich vor dem hiesigen Schwurgericht wegen Mordes, Anstiftung und Beihilfe dazu die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen Emma Wiegand aus Unseburg, geboren 1893, und Frieda Wirth von hier, geboren 1894, zu verantworten. Die Angeklagten hatten sich zu Bahrdorf, wo sie in Arbeit standen, kennengelernt und trafen sich am 2. April d. J. im Verborgenen heim zu Magdeburg, wo die Wiegand mit ihrem 3 Monate alten unehelichen Sohn Unterkunft gefunden hatte. Die Wiegand lagte der Wirth ihre Sorgen und ihr Leid, diese tröstete sie und riet ihr: „Wiz das Kind in die Elbe, dann bist Du es los!“

Anfangs wollte die Wiegand davon nichts wissen, ließ sich aber schließlich überreden und ging mit der Wirth am 7. April abends unter Mithnahme des Kindes nach der Königsbrücke. Diese paßte auf und hatte verabredet, wenn sie huste, solle sie das schlafende Kind in die Elbe fallen lassen. So geschah es auch, das Kind ertrank, die Leiche wurde am 5. Mai aufgefunden. Nach der Tat trieb das böse Gewissen die Angeklagten eiligst hinweg.

Sie sind im wesentlichen geständig, die Wirth bestritt aber die Anstiftung, sie will auch nicht gehulst haben.

Auf Grund der Verhandlung bejahen die Geschwornen gegen die Wiegand Mord, gegen die Wirth nur Beihilfe dazu. Demgemäß verurteilte der Gerichtshof die Wiegand zum Tode und zu dauernder Ehrverluft, die Wirth zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverluft. Die Geschwornen beschloffen einstimmig, ein Gnadengesuch der Wiegand zu befürworten.

— **Ablieferung von Gegenständen aus Kupfer.** Zu der Verordnung des stellvertretenden Kommandierenden Generals über Beschlagnahme und Ablieferung von Einrichtungsgegenständen aus Kupfer und Kupferlegierungen erläßt der Magistrat Ausführungsbestimmungen, die an den Plakatwänden nachzulesen sind.

**** Kartoffelverteilung.** Ueber den Verkehr mit Kartoffeln wird für die Zeit vom 30. Juni bis 12. Juli folgendes bestimmt: Die Kartoffelmarkte 1 für Juli tritt am 30. Juni in Kraft. Auf Kartoffelmarkte 1 werden diejenigen Mengen Kartoffeln abgegeben, welche für die Zeit vom 30. Juni bis zu dem von der Reichskartoffelstelle festgesetzten Schluß der Verforgung aus der alten Ernte, das ist der 12. Juli, bestimmt sind. Es können daher die städtischen Verkaufsstellen auf Kartoffelmarkte 1 für Juli an die bei ihnen eingetragenen Kunden bis zu 10 Pfund Kartoffeln alter Ernte verabfolgen. Auf unsere Bestimmung, daß Haushaltungen, welche bereits im Juni Kartoffeln auf Märkten entnommen haben, die Marken Nr. 1 noch in der alten Verkaufsstelle zur Einlösung vorweisen müssen, wird nochmals hingewiesen.

Was wünscht sich der Soldat in Ruh? Bücher! — Gebt uns Geld dazu!

**** Wochen-Verteilungsplan für Fleisch.** Es kaufen in der Woche vom 2. bis 8. Juli: Am Dienstag und Donnerstag Gruppe 3, am Dienstag und Freitag Gruppe 1 Mittwoch und Sonnabend Gruppe 2 Fleisch wird nur abgegeben am Dienstag und Mittwoch auf die Reichsfleischkarten Marken 21 bis 26 der Karte für Erwachsene und Nr. 11 bis 13 der Karte für Kinder zur Entnahme von je 25 Gramm. Auf die Marken 21, 22, 23, 24 der Karte für Erwachsene und 11 und 12 der Karte für Kinder muß Rindfleisch, auf die Marken 25 und 26 für Erwachsene und 13 für Kinder kann nur Kalb-, Hammelfleisch oder Wurst entnommen werden. Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend auf die Magdeburger Fleischkarten Marken 56 bis 60: a) bei Erwachsenen zur Entnahme von je 50 Gramm auf Marke 56, 57, 58, 59, 60; b) bei Kindern zur Entnahme von je 25 Gramm auf Marke 56, 57, 58, 59, 60. Auf die Marken 56, 57 und 58 muß Rindfleisch, auf die Marken 59 und 60 kann nur Kalb-, Hammelfleisch oder Wurst entnommen werden.

Für sämtliche vorstehenden Fleischarten wird auf die Zuschussfleischkarten mit Preisnachlaß eine Preisermäßigung von 1,60 Mark für das Pfund Fleisch, jedoch nur beim Einkauf in der auf der Karte vermerkten amtlichen Fleischverkaufsstelle gewährt. Die Preise sind durch besonderen Preisaushang bekanntgegeben.

Sämtliche vorgenannten Marken berechtigen zugleich zum Einkauf von Wild-, Hühner-, Korb- und Freibankfleisch, daneben berechtigten die Marken Nr. 27 bis 30 der Reichsfleischkarte für Erwachsene und Nr. 14 und 15 der Karte für Kinder nur zum Einkauf von Wild-, Hühner-, Korb- und Freibankfleisch. Hühner werden im Durchschnittsgewicht von 400 Gramm, junge Gänse bis zu 1/2 Jahr mit einem Durchschnittsgewicht von 200 Gramm, Wild in der doppelten Menge und Korbfleisch in der vierfachen Menge auf die Fleischmarkten angerechnet.

**** Die Ausgabe von Süßstoff in Briefchen für Haushaltungen** für den Monat Juli erfolgt in der Zeit vom 1. bis 31. Juli auf Marke Nr. 17 der Materialwarenkarte für die Monate Juli/August mit der Maßgabe, daß immer auf 2 Marken Nr. 17 ein Briefchen entnommen werden kann. Am 1. August tritt die Marke Nr. 17 außer Kraft. Die Ausgabe von Süßstoff in Briefchen für den Monat August erfolgt in der Zeit vom 1. bis 31. August und nur auf die Marke der Materialwarenkarte Nr. 27, für die Monate Juli/August mit der Maßgabe, daß immer auf 2 Marken Nr. 27 ein Briefchen entnommen werden kann. Die Marke Nr. 27 tritt am 1. August in Kraft und mit dem 1. September außer Kraft.

**** Abgabe von Lebensmittelmarken.** Für die Ausgabe der Wochenkarten und Gutschein zur Teilnahme an der Kriegsküchenpreisung für die Woche vom 9. bis 14. Juli wird folgendes bestimmt: Für Personen über 6 Jahre ist in jedem Falle, auch wenn sie nur 1/2 Portion beziehen, abzunehmen: a) die Fleischkarte Nr. 21 der für die Zeit vom 16. Juni bis 15. Juli gültigen (grünen) Reichsfleischkarte, b) die Marke Nr. 1 der Materialwarenkarte für Juli/August für Kinder der 6. Monate bis zu 6 Jahren wird abgenommen; die Marke Nr. 1 der Materialwarenkarte für Juli/August. Die Ausgabe der Wochenkarten und Gutscheine für die obengenannte Woche erfolgt wie üblich am Montag und Dienstag (2. und 3. Juli).

**** Freigabe von Verbrauchszucker und Zuderhonig.** Die Zudermarkte Nr. 1 für Juli tritt nach einer Bekanntmachung des Magistrats am 1. Juli in Kraft, ihre Gültigkeit wird bis zum 31. Juli verlängert. Hierfür darf nur 1/2 Pfund Zuderhonig abgegeben werden. Die Zudermarkten Nr. 2 und 3 für Juli treten beide am 1. Juli in Kraft, beider Gültigkeit wird bis zum 31. Juli verlängert. Auf diese Karten kann je 1/2 Pfund Zuder oder nach Wahl des Käufers je 1/2 Pfund Zuderhonig verabfolgt werden.

**** Anmeldung zur Landsturmrolle.** Der Magistrat bringt in Erinnerung, daß sich am Montag den 2. Juli d. J. die im Juni 1900 geborenen männlichen Personen im Militärbüreau des Magistrats, Alter Markt 14 I, zur Landsturmrolle anzumelden haben.

— **Güterverkehr auf der Eisenbahn teilweise gesperrt.** Zur Entlastung der Eisenbahn wird, wie dies im Rhein- und Mainverkehr bereits seit dem 1. März d. J. durchgeführt ist, vom 1. Juli an ein Teil des Güterverkehrs zwischen bestimmten Orten an der Elbe, der Oder und den märkischen Wasserstraßen gelegenen Orten zur Beförderung auf der Eisenbahn nicht mehr angenommen. Der Verkehr wird von diesem Tage an durch einen von der Schiffsabteilung beim Chef des Feldbahnverkehrs eingerichteten Güterdampferverkehr bedient. Zwischen den Hafenorten fahren regelmäßig an bestimmten Tagen der Woche Dampfer, die den Verkehr der auf dieser Strecke liegenden Orte abfertigen. Annahme- und Ausgabebriefchen sind überall in ausreichender Zahl vorhanden. Die heutige Nummer der „Volksstimme“ enthält im Anzeigenteil eine Bekanntmachung der fgl. Eisenbahndirektion Magdeburg über die für den Eisenbahnverkehr gesperrten Verkehrsbeziehungen, die für unseren Leserkreis von Bedeutung sind.

— **Keine feuergefährlichen Gegenstände mit der Feldpost versenden!** Immer wieder werden trotz wiederholter Warnungen in den Zeitungen feuergefährliche Gegenstände, wie Streichhölzer, Benzin, Äther, Kalziumkarbid, metallisches Natrium usw. zur Verwendung mit der Post eingeleitet. Dieses Verfahren hat schon häufig beklagenswerte Folgen gehabt, es sind dadurch mehrfach Brände von Vorfällen entstanden, die zur Vernichtung großer Mengen von Feldpostsendungen geführt haben. Auf das Verbot der Verwendung leicht entzündlicher Sachen in Postsendungen wird daher von der Oberpostdirektion erneut hingewiesen. Jede zur Kenntnis der Postverwaltung kommende Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot wird dem Gericht zur Bestrafung des Schuldigen mitgeteilt.

— **Kommunale Sozialpolitik.** Die Stadt Charlottenburg wird ein besonderes Arbeitsamt errichten, das dem allgemeinen Zweck der Berufsberatung dienen soll. Das Amt wird fünf Teile umfassen: 1. Abteilung für Sammlung und Ansammlung des Materials für die Zwecke der Berufsberatung; 2. die Berufsberatungsstelle; 3. die Lehrstellenvermittlung; 4. den Arbeitsnachweis; 5. die Berufspflege mit Sonderabteilung für Jugendliche.

— **Arbeiterjugend.** Heute Donnerstag Unterhaltungsabend der Aite Neujährler (Hans-Sachs-Abend) Georgenplatz 10. Wiederbücher und Instrumente mitbringen!

— **Die Folgen des Anhaltens von Silbergeld.** Am 27. d. M. sind einer Frau im Längen Weg aus der verschlossenen Wohnung 5 bis 600 Mark Silbergeld gestohlen worden. Jedenfalls hätte das Geld bei der Sparkasse nützlicher und sicherer gelegen als im Vertikofaß.

— **Ermittelte Diebin.** Am 23. d. M. wurde einem Eisenbahnbeamten aus der Tasche seines im Arbeitsraum hängenden Rockes eine Geldtasche mit etwa 76 Mark gestohlen. Als Diebin ist eine ledige Arbeiterin ermittelt, die sich kurze Zeit in dem Räume aufgehalten, um etwas abzuholen. Das Geld hatte sie bereits ausgegeben.

— **In Haft genommen** wurde der mehrfach vorbestrafte Raschmitt Konstantin Draykowski aus Kleinmessel, der am 24. d. M. nachmittags mit dem auf telephonisches Ersuchen der Kriminalpolizei in Neuhaldensleben verhafteten Badergejellen Adolf Neumann von dort bei drei hiesigen Badermeistern Wohnungseinbruch ausgeführt hat, wobei ihnen 600 Mark, goldene und silberne Schmuckachen sowie Lebensmittel im Werte von etwa 300 Mark in die Hände gefallen sind.

— **Von der Feuerwehre.** Am Mittwoch nachmittag 6 1/2 Uhr wurde Wohnung 4 nach der Maschinensfabrik Schönebeck Straße 66 gerufen. Dort war durch Kurzschluss der Führerhand auf einem elektrischen Kran in Brand geraten. Die Gefahr war beim Eintreffen der Wehre schon beseitigt.

— **Möbelwagenbrand.** Am Mittwoch nachmittag 5 1/2 Uhr war durch Spielen der Kinder mit Streichhölzern in einem Seitenweg von der Rogauer Straße ein leerer Möbelwagen in Brand geraten und hierdurch der Fachwerkgiebel und das Dach von dem Hause Rogauer Straße 75. Mit zwei Schlauchlinien wurde das Feuer gelöscht.

Theater, Konzerte etc.

Mitteilungen der Direktoren.

Viktoria-Theater. Heute Freitag: „Die Welfenhauer Zittelle“. Sonnabend (als 2. literarischer Abend, Gastspiel Direktor Köbbeling): „Geographie und Rabe“. Sonntag: „Als ich noch im Pflügelkleide...“

Zentraltheater. Freitag (Sublims-Vorstellung, zum 26. Male): „Der Postkavalier“. Sonnabend und folgende Tage: „Der Postkavalier“. Sonntag zwei Aufführungen.

Städtisches Orchester. Sommerkonzerte: Dienstags, Freitags 1/8 Uhr Stadtheater-Garten; Mittwochs 4 Uhr Salzquelle; Donnerstags 1/8 Uhr Wilsberg; Sonnabends 5 Uhr Vogelgong. 4704

Notes Flamenblut.

Roman von Pierre Boudcooren.

Eingige autorisierte Uebersetzung von Johannes Schlap.

(4. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

Mit glühenden Wangen hatte sich das Mädchen aufgerichtet.

„Du bist nicht gefragt! Mach Du Musik, wir wollen tanzen!“

Der Mann bewunderte ihre kühne Miene. Die hatte Haare auf den Zähnen.

Eine Verlegenheit bestimmte ihn. Er wußte nicht, woher sie kam; es krabbelte ihn über den Körper. Die Lippen gläht, suchte auch er nach einer fastigen Erwidern an den Harmonikspieler, fand keine und ward mordsmäßig böse auf Malewens und auf sich selber.

„Se, Ihr Durtelhäuschen, macht nur voran! Man... man würde sich ja Gewissensbisse machen!“

Der Teufel von Malewens hatte entschieden nicht keinesgleichen. Was der für ein Spahmacher war! Einen Gehängten würde der noch zum Lachen bringen.

„Lut doch, Euren Freunden 'nen kleinen Gefallen!“

Wloß er griesgrämig.

Jetzt brach die Lustigkeit los wie ein Donnerwetter. Vor Aerger darüber wurde das Mädchen noch röter. Sie warf einen ungeduldigen Blick auf Floßil und bemerkte mit heinlichen Vergnügen, daß er die Fauste ballte.

Er bezwang sich mit großer Anstrengung, aber seine Zähne knirschten und die Muskeln zuckten unter dem Leder seiner Westen.

„Los, Masurka!“ rief er aufgeregt und sprang auf die Füße.

Die Luft war geladen. Malewens merkte das und schwieg. Vorsichtig machten die Haare den beiden Platz. Die zusammengezogenen Brauen des Mannes, seine blitzenden Augen, seine gekniffenen Lippen berrieten deutlich seine Erregung. Eine Sicherheit kam über das Mädchen, sogar Stolz. Sie warf verächtliche Blicke auf die andern Weiber. Der Mann sah sie nach der Masurka in einen Schaufelwalzer. Berauscht von seiner eignen Wildheit fühlte er sich nicht mehr verlegen. Und gern hätte er einen Streit vom Banne gebrochen, um mit der Kraft seines Armes zu prahlen. Wie selbstverständlich vertraute sie seiner Kraft, die sie außerordentlich dünkte. Sie schmeigte sich an ihn und regte ihn auf mit ihrem verliebten Fleiß, das sich mit dem großen Körper des blonden Riesen paarte. Ihre Schenkel hoben sich eng ineinander. Sie hatte sich wohl eine ganze Flasche Gaardöl auf ihre schwarzen, glänzenden Haare gegossen, in denen Glasperlen blinkerten. Dieser starke Duft, der sich mit ihrer weiblichen Ausdünstung mischte, hing Floßil zu Kopf und machte ihn schließlich schwach. Und er drückte sie an sich und empfand durch die Berührung ihrer runden Brüste einen heftigen Reiz.

Während einer Pause überredete er sie, mit ihm in den Nebentraum zu gehen und sich von ihm traktieren zu lassen.

„Eine gute Flasche Brüsseler!“ rief er der Bedienung zu.

Er hatte sich ihr gegenüber gesetzt. Die Lampen wurden angezündet, es war Abend geworden. Sie waren beide sehr rot und ihre Gesichter schwitzen. Es tat ihnen gut,

sich ein wenig auszurufen und zu erfrischen. Er drängte unterm Tisch sein Knie an das ihre mit einer Beharrlichkeit, die sie nicht übernahm. Unwillkürlich lächelten sie sich an.

Das schöne Mädchen riß die Augen auf, als er, um vor ihr mit seinem Wohlstand zu prahlen, einen Louisdor aus dem Beutel zog und ihn nachlässig vor sich hinrollen ließ, um das Goldstück dann, als es bei ihr vorüberkam, mit einem kurzen Klapp niederzuschlagen. Hochachtung ergriff sie vor diesem riesenstarken Menichen, der Gold hatte.

„So viel Geld verdienen Sie!“ rief sie mit leuchtenden Augen.

Ihr Gesicht hatte seinen spöttischen Ausdruck verloren. Er war zufrieden, wennschon er ihr lieber durch Jugendliebe gefallen hätte.

Ausweichend erwiderte er:

„Nur manchmal. Ich bin kein Verschwender. Nur zur Armes laß ich was springen. Man muß sich doch auch mal 'n Vergnügen machen.“

„Wer sind Sie?“

Er nannte seinen Namen.

Sie war verschiedene Male bei Coin-des-Tisserands vorbeigekommen, wenn sie Handschuhe zur Gändlerin nach dem Marktplatz von Neberbrakel trug. Und sie hatte seinen Onkel und seine Tante gekannt und verschiedene Male auf dem Mont-des-Gérons in deren kleiner Schenke Rübchaffee getrunken.

„Nicht möglich!“

„Ganz gewiß! Uebrigens wohn ich dort in der Nähe.“

(Fortsetzung folgt.)

